Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5404

18. 06. 76

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 23. Juni 1976
am Donnerstag, dem 24. Juni 1976

---

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

1. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Durch welche Tatsachen läßt sich die Aussage der Bundesregierung in ihrer bundesweiten Zeitungsannonce zur Entwicklungspolitik vom 5. Juni 1976 belegen, wonach alle Entwicklungskredite mit Zinsen pünktlich zurückgezahlt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

2. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Kinder jugoslawischer Arbeitnehmer im freien Teil Deutschlands gezwungen werden, in die jugoslawischen kommunistischen Pionierkampfgruppen einzutreten, und daß sie auf Tito vereidigt werden, und daß von den deutschen Arbeitsämtern unterstützte kulturelle Veranstaltungen für jugoslawische Arbeitnehmer zu politischer Agitation mißbraucht werden, und wenn ja, welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen?

3. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Wann gedenkt die Bundesregierung, die Bundesbeihilfeverordnung dem bei der Verabschiedung des Arzneimittelgesetzes erläuterten Willen des Gesetzgebers — die ausdrückliche Betonung der Therapiefreiheit und die Gleichberechtigung der verschiedenen therapeutischen Richtungen — anzupassen?

4. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Betrachtet die Bundesregierung die aus ihrer Heimat vertriebenen ostdeutschen Stämme als lebendige Teile des deutschen Volks mit allen sich daraus ergebenden Pflichten zur Wahrung ihrer ursprünglichen Rechte und zur Pflege ihrer kulturellen Güter?

5. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Welche Organisationen, Gruppierungen oder Komitees gibt es in der Bundesrepublik Deutschland, die als von der DKP gegründet, unterwandert oder beeinflußt — wie die im Verfassungsschutzbericht 1975 unter Ziffer 1.3.4 beispielhaft genannte DFU — angesehen werden können, und warum wurde im Verfassungsschutzbericht nur die DFU genannt?

6. Abgeordneter **Coppik** (SPD)

Kann die Bundesregierung die Angaben bestätigen, die in der Sendung Monitor vom 31. Mai 1976 über die Aktivitäten des iranischen Geheimdienstes SAVAK gemacht worden sind, wonach seine fleißigsten und tüchtigsten Agenten in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten?

7. Abgeordneter **Coppik** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, alle gesetzlichen und diplomatischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um gegen die Aktivitäten der SAVAK-Agenten (Bespitzelung von Studenten, Repressalien gegen Kritiker des Schah-Regimes) vorzugehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

8. Abgeordneter **Zoglmann** (CDU/CSU)

Billigt die Bundesregierung einem Deutschen, der unter Überwindung der Sperrmaßnahmen versucht, in den freien Teil Deutschlands zu gelangen, grundsätzlich zu, rechtmäßig zu handeln, und welche Folgerungen ergeben sich daraus für die Bundesregierung?

9. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Billigt die Bundesregierung einem Deutschen, der am Verlassen der „DDR" oder des sowjetischen Sektors von Berlin durch einen Angriff auf Leib oder Leben bzw. eine entspechende Drohung gehindert werden soll, grundsätzlich das Notwehrrecht zu, und welche Schlußfolgerungen ergeben sich daraus, insbesondere **auch für zu** leistende Nothilfe, z. B. durch Beamte des Bundesgrenzschutzes?

10. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Steht die Spionageaffäre in Berlin im Zusammenhang mit den aufgedeckten Spionagefällen im übrigen Teil der Bundesrepublik Deutschland?

11. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß einzelne Geschäftsinhaber sogenannte Fangprämien zur Verhinderung von Ladendiebstählen aussetzen oder auch eine pauschalierte Bearbeitungsgebühr einbehalten, wenn ein Ladendieb ertappt wird, und wie will sie dieser Form von Privatjustiz, die nach neueren Entscheidungen verschiedener Amtsgerichte (München in NJW 1972, S. 2038, Essen 10 C 591/74, Mettmann 21 C 244/75) und Oberlandesgerichte (Koblenz 1 Ss 199/75, Braunschweig Ss 63/75) nicht rechtmäßig ist, begegnen?

12. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, im Rahmen eines Gesamtkonzepts, strafrechtlicher, zivilrechtlicher und wirtschaftsrechtlicher Maßnahmen, das Problem des Ladendiebstahls bundeseinheitlich zu regeln?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

13. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Mitglieder des Bundesverbands Freier Tankstellen wegen des Aufkaufs von freien gesetzeskonformen Benzinmengen auf den traditionellen mittelständischen Auslandsmärkten durch die Mineralölkonzerne nur noch am Inlandsmarkt aufgrund von Verträgen 40 bis 50% ihres Benzinbedarfes decken können, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

14. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Mineralölkonzerne ihre eigene Inlandsproduktion an Benzin um bis zu 50% reduzierten und durch den Aufkauf der ausländischen Ware auf den mittelständischen Märkten zu einer Existenzgefährdung der preisgünstigeren Zapfstellen des Bundesverbands Freier Tankstellen beitrugen, und ist die Bundesregierung bereit, wie in früheren Jahren, eine Clearingstelle zur gemeinsamen Festlegung von Kontingenten für die freien Tankstellen zu schaffen?

15. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Mineralölfirmen ihren Tankstellenpächtern je nach städtischem oder ländlichem Standort unterschiedliche Abgabepreise vorschreiben, wodurch die Verkaufschancen der Pächter im ländlichen Bereich (insbesondere in der Nähe von Städten) derart reduziert werden, daß die Existenzgrundlage nicht mehr gewährleistet ist, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

16. Abgeordneter **Leicht** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß die Kosten für die Herstellung und Verteilung der Zeitungsbeilage „Sind Schulden vernünftig? Wie die Kreditpolitik des Bundes dem Bürger Nutzen bringt" nicht zu Lasten der Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministers der Finanzen (Titel 08 02/531 01), sondern zu Lasten des „seit Jahren bestehenden Werbetitels" für Bundesanleihen usw., also der „Ausgaben aus Anlaß der Beschaffung von Mitteln im Wege des Kredits" (Titel 32 03/541 01) bezahlt worden sind oder bezahlt werden sollen?

17. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** CDU/CSU

Treffen Pressemeldungen zu, daß in den Aufträgen wegen Verbreitung der Beilage „Sind Schulden vernünftig? Wie die Kreditpolitik des Bundes dem Bürger Nutzen bringt" als Kunde die Deutsche Bundesbank angegeben und/oder außerdem vermerkt wurde, die Belege seien an die Deutsche Bundesbank zu schicken?

18. Abgeordneter **Dr. Sprung** (CDU/CSU)

Trifft die Meldung in der Ausgabe vom 3. Juni der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu, daß die Deutsche Bundesbank an der Herstellung der Zeitungsbeilage „Sind Schulden vernünftig? Wie die Kreditpolitik des Bundes dem Bürger Nutzen bringt" mitgewirkt hat, indem sie den Text des zweiten Teils der Beilage über „Die verschiedenen Möglichkeiten der Geldanlage" sachlich geprüft, und/oder ihre für die Schatzbriefwerbung zuständige Werbeagentur mit der technischen Abwicklung beauftragt hat?

19. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Bundesminister Dr. Apel in die Wahlkampagne der SPD die Deutsche Bundesbank eingeschaltet hat, und trifft es zu, daß seine Prospektaktion in sieben Millionen deutscher Tageszeitungen als Werbemaßnahme der Deutschen Bundesbank von der Werbeagentur der Deutschen Bundesbank durchgeführt wird, die im Auftrag der Deutschen Bundesbank auftrat und die Deutsche Bundesbank als Adressat der Belege bezeichnete?

20. Abgeordneter **Dr. Weber (Köln)** (SPD)

Ist der der Bundesrepublik Deutschland aus den sog. Koffergeschäften der Landesbank von Rheinland-Pfalz — Verkauf ungenehmigter festverzinslicher Wertpapiere an Gebietsfremde, ungenehmigte Aufnahme von Krediten im Ausland und Verletzung von Depotpflichten — entstandene Schaden bereits feststellbar?

21. Abgeordneter **Dr. Weber (Köln)** (SPD)

Hat die Bankenaufsicht bereits ihre Ermittlungen aufgenommen, und wann ist mit einem Ermittlungsbericht zu rechnen?

22. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Wann werden die Abfertigungsanlagen am Grenzkontrollpukt Helmstedt für den Lastwagenverkehr aus Richtung Berlin baulich und personell so ausgerüstet sein, daß unter allen Umständen eine zügige Abfertigung gewährleistet wird, nachdem der Pfingstverkehr erwiesen hat, daß die gegenwärtige Kapazität für höchstens 50% des Spitzenbedarfs ausreicht?

23. Abgeordneter **Lemmrich** (CDU/CSU)

Um wieviel hat die Deutsche Mark gegenüber dem Schweizer Franken von Ende 1969 bis Mai 1976 an Wert gewonnen, nachdem diese Zahl in der Informationsbroschüre der Bundesregierung „Leistung verdient Vertrauen" unter der Rubrik „Die Deutsche Mark ist international mehr Wert denn je" nicht aufgeführt ist?

24. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß im Zuge der Reform der Körperschaftsteuer eine Regelung getroffen wurde, die den gemeinnützigen Vereinen einen Überschuß von jährlich 20 000 DM steuerlich freistellt, und wenn ja, um welche Regelung handelt es sich dabei, und wie errechnet sich die oben genannte Summe?

25. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Hält die Bundesregierung es noch für zeitgemäß, Umsatzsteuer für die Beförderung von Personen durch ausländische Beförderer im grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen zu erheben, und wenn nein, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

26. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Trifft es zu, daß das militärische Sperrgebiet Wahner Heide für militärische Übungen gar nicht oder nur in so geringem Umfang genutzt wird, daß dort ein besonders lukratives Jagdrevier entstanden ist?

27. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Wahner Heide zur Nutzung als Naherholungsgebiet für die Bevölkerung im Raum Bonn/Köln aus der (nicht-)militärischen Verwendung zu entlassen?

28. Abgeordneter **Rapp (Göppingen)** (SPD)

Hat die Bundesregierung im Vorweg auf die Solidaritätsaktion der sog. Zehnergruppe zugunsten des britischen Pfunds Einfluß genommen, und wie bewertet sie das erzielte Ergebnis?

29. Abgeordneter **Rapp (Göppingen)** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Solidaritätsaktion der Zehnergruppe zugunsten des britischen Pfunds den Bundeshaushalt und damit den deutschen Steuerzahler nicht belastet?

30. Abgeordneter **Dr. Graf Lambsdorff** (FDP)

Ist der Kredit an Großbritannien mit wirtschafts- und haushaltspolitischen Auflagen verbunden?

31. Abgeordneter **Dr. Graf Lambsdorff** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Gründe das Kreditkonsortium zu der Annahme veranlassen, Großbritannien könne den gewährten Kredit nach drei, spätestens jedoch nach sechs Monaten zurückzahlen?

32. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung steuerliche Maßnahmen ergreifen, falls das vom Deutschen Sportbund konzipierte Freizeitprogramm „Sport für alle“ verwirklicht wird, das u. a. auch an die gemeinnützigen Turn- und Sportvereine die Erwartung richtet, daß diese ihre Angebote gegen Gebühr auch an Nichtmitglieder richten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

33. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Wieviel Nahrungsmittel sind in den letzten fünf Monaten in der EWG vernichtet worden?

34. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Wieviel Geld aus gemeinschaftlichen oder nationalen Kassen sind für diese Aktionen zur Verfügung gestellt worden?

35. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Treffen Pressemitteilungen zu, daß die Bundesregierung oder andere Regierungen der EG-Staaten beabsichtigen, eine neue Marktordnung für Kartoffeln einzuführen, und wie ist gegebenenfalls der Stand dieser Überlegungen?

36. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Welche EG-Mitgliedstaaten außer der Bundesrepublik Deutschland haben die Richtlinie des EG-Ministerrats vom 17. Dezember 1973 über die Höchstgehalte an unerwünschten Stoffen in Futtermitteln bisher in nationales Recht übertragen, und von welchem Termin an können die deutschen Futtermittelhersteller, Händler und Landwirte damit rechnen, daß durch einheitlich formulierte und kontrollierte futtermittelrechtliche Vorschriften weitere Wettbewerbsverzerrungen zu ihren Lasten vermieden werden?

37. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wie gedenkt sich die Bundesregierung bei der Ministerratssitzung der EG am 22. Juni 1976 gegenüber dem Antrag Frankreichs auf Einführung des Grenzausgleichs für Pfirsiche aus Italien zu verhalten, und ist sie gegebenenfalls bereit, ihre Zustimmung davon abhängig zu machen, daß alle Obst- und Gemüsearten und deren Verarbeitungsprodukte in das Grenzausgleichssystem der gesamten EG übernommen werden?

38. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)

Wie hoch sind die Aufwendungen für die deutsche und europäische Agrarpolitik aus öffentlichen Mitteln der Bundesrepublik Deutschland pro Jahr, und welche Summen bringen die übrigen Partnerländer für die europäische Agrarpolitik auf?

39. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)

Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung die Höhe der Mehraufwendungen der deutschen und die der Verbraucher in den anderen EG-Ländern für Nahrungsmittel, die durch die Agrarpolitik der EG anfallen gegenüber den Aufwendungen, die erforderlich wären, falls die Nahrungsmittel zu Weltmarktpreisen zur Verfügung stünden?

40. Abgeordnete **Frau Wild-Feld** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Beantwortung des Fragebogens für Klein- und Kleinstbetriebe auf Grund des Ernährungssicherstellungsgesetzes 1968, der Ernährungswirtschaftsmeldeverordnung vom 15. September 1975 und der Verordnung über das Formblatt zur Ernährungswirtschaftsmeldeverordung vom 24. September 1975, wonach Fragen auf 42 Seiten zu beantworten sind, noch zumutbar ist, und wenn nein, wird sie eine Änderung vornehmen?

41. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Trifft die Bundesregierung eine Mitverantwortung durch mangelhafte Überwachung der Arzneimittelproduktion eines verunreinigten Impfstoffs zur Bekämpfung einer gefährlichen Geflügelkrankheit, der Marekschen Krankheit?

42. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung gegebenenfalls, um die durch Verwendung dieses verunreinigten Impfstoffs schwer betroffenen Betriebe vor einer Existenzgefährdung zu schützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

43. Abgeordneter **Pawelczyk** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Arbeitsverwaltung darauf hinzuwirken, daß die Kindergeldberechtigten rechtzeitig vor Erreichen der Volljährigkeit eines Kindes unterrichtet werden, daß die Anspruchsvoraussetzungen wegfallen, wenn sie nicht anzeigen, daß die Voraussetzungen zum Bezug auch über das 18. Lebensjahr hinaus gegeben sind?

44. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß bei der im Bereich der Arbeitsverwaltung geplanten Errichtung von zentralen Dienststellen für den Forderungseinzug zum Zweck der Verbesserung der Wirtschaftskraft auch das ostbayerische Grenzland berücksichtigt wird?

45. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Arbeitslosenhilfeempfänger mit ihren Einkünften häufig unter dem Sozialhilferegelsatz nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) bleiben und sich damit gezwungen sehen, beim zuständigen Sozialhilfeträger Hilfe zum Lebensunterhalt zu beantragen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß in Fällen, in denen die Arbeitslosenhilfe den Regelsatz nach dem BSHG nicht erreicht, die Anspruchsberechtigten sich nicht einer erneuten Bedürftigkeitsprüfung im Sinne des BSHG unterwerfen müssen, und daß mit der Arbeitslosenhilfe

gleichzeitig auch der Differenzbetrag bis zum Sozialhilferegelsatz von dem Arbeitsamt, bei dem der Betroffene als Arbeitsuchender gemeldet ist, im Auftrag des Sozialhilfeträgers ausgezahlt bzw. überwiesen wird?

46. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der immer noch hohen Arbeitslosenzahlen die erforderlichen Mittel für die bereits in Planung befindlichen AB-Maßnahmen insbesondere im Zonenrandgebiet kurzfristig bereitzustellen?

47. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Trifft es zu, daß bei der Bundesanstalt für Arbeit einige Hundert Stellen im „Arbeitsbereich Kindergeld" im Überhang sind, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, an Stelle eines ersatzlosen Wegfalls dieser überzähligen Stellen im Kindergeldbereich die Stellen anderen Abteilungen in der Bundesanstalt für Arbeit, z. B. dem Beratungs- und Vermittlungsdienst, zuzuordnen?

48. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Faltbrief des Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Abschnitt Kriegsopferversorgung den falschen Anschein erweckt, daß die Kriegsopfer entsprechend den Erhöhungen der Rentensätze uneingeschränkt mehr bekommen, und warum enthält der Faltbrief keinen Hinweis auf die Anrechnungsbestimmungen, die dazu führen, daß die Rentenerhöhungen oft nicht zu entsprechenden Erhöhungen der Einkommen der Kriegsopfer führen?

49. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß in dem Faltbrief des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung die Voraussetzungen für die Gestellung oder Finanzierung einer Haushaltshilfe durch die Krankenkasse so dargestellt werden, als ob jedes Familienmitglied, das zur Versorgung des Haushalts beiträgt, einen entsprechenden Anspruch hätte, und warum wurde diese Art der Darstellung gewählt, statt die Anspruchsvoraussetzungen im vollen Umfang zu erwähnen?

50. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß öffentliche Arbeitgeber zunehmend dazu übergehen, die bei ihnen beschäftigten Raumpflegerinnen zu entlassen, Verträge mit Reinigungsfirmen abzuschließen, die dann ihrerseits dazu übergehen, die Beschäftigungszeiten so festzulegen, daß die Frauen nur noch 30% der bisherigen Vergütung erhalten und nicht mehr sozialversichert sind, und welche gesetzlichen Regelungen kann die Bundesregierung ergreifen, um dieses Unterlaufen des Sozialversicherungsschutzes zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

51. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)	Wie hoch sind die Aufwendungen der Bundesregierung für die Krebsforschung — mit Einschluß des Deutschen Krebsforschungsinstituts —, und welcher Prozentsatz wurde davon für Forschungen der besonderen Heilverfahren, z. B. der Entwicklung der Behandlung von Krebs, durch Mistelpräparate zur Verfügung gestellt?
52. Abgeordneter **Geisenhofer** (CDU/CSU)	Auf Grund welcher quantifizierter Feststellungen bzw. gesicherter Bedarfsdeterminanten ist die Bundesregierung zu dem Schluß gekommen, daß in weiten Teilen des Bundesgebiets ein Bettenüberhang in Krankenhäusern bestehe?
53. Abgeordneter **Geisenhofer** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung am Prinzip der kostendeckenden Pflegesätze fest?
54. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung einen Ansatzpunkt in Richtung auf eine Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, um krankenhausentlastende Einrichtungen zu fördern und ihre Betriebskosten sicherzustellen?
55. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)	Glaubt die Bundesregierung, daß dem gesetzlichen Auftrag nach Planung und Vorhaltung des bedarfsgerechten und leistungsfähigen Krankenhaussystems mit dem derzeitigen Instrumentarium auch bei Bestehen eines Bettenüberhangs nachgekommen werden kann?
56. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Kostensituation und deren Entwicklung im Bereich der Krankenhäuser nach Einführung des vollpauschalierten Pflegesatzes?
57. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)	In welchem Umfang glaubt die Bundesregierung, den Grundsatz einer notwendigen Leistungs- und Kostentransparenz bei Aufrechterhaltung des vollpauschalierten Pflegesatzes sicherstellen zu können?
58. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)	Welchen finanziellen Verpflichtungen aus dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) sind Bund und Länder nicht nachgekommen?

59. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Schwierigkeiten bekannt geworden, die sich aus den auslegungsbedürftigen und nicht näher definierten Begriffen des KHG, „Wirtschaftlichkeit des Krankenhauses" und „Leistungsfähigkeit des Krankenhauses", für die Anwendung des KHG und der Bundespflegesatzverordnung ergeben, und wenn ja, welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen?

60. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Welche Krankenhäuser in welchen Orten rechtfertigen die Aussage, „Es gibt weiterhin Anzeichen für ein mancher Orts bereits bestehendes Mißverhältnis von Kosten und Nutzung durch eine extrem hohe Ausstattung mit medizinisch-technischen Einrichtungen, die einen hohen Wartungsaufwand und eine überdurchschnittliche Steigerung des Krankenhauspersonals zur Folge hatten und zu der Frage geführt haben, ob der humane Auftrag des Krankenhauses hier noch gesehen wird." im Bericht der Bundesregierung über die Auswirkungen des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Drucksache 7/4530)?

61. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr des Verlustes von Ausbildungsplätzen an Krankenpflegeschulen nach dem 31. Dezember 1981?

62. Abgeordneter **Köster** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das Krankenhausfinanzierungsgesetz in seiner derzeit gültigen Fassung geeignet ist, die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser zu erreichen, eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten und sozial tragbare Pflegesätze sicherzustellen, und wenn nein, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

63. Abgeordneter **Köster** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Bestimmung des Artikels 34 des Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur bestehende Rechtsansprüche der Krankenhausträger in Frage stellt, und wenn ja, ist dies bei der Vorbereitung des Gesetzes bedacht worden?

64. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung die im Krankenhausfinanzierungsgesetz vorgesehenen und zur Durchführung des Krankenhausfinanzierungsrechts unerläßlichen Verordnungen noch nicht erlassen?

65. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Um welche fehlenden Verordnungen handelt es sich im einzelnen, und wie hat sich das Fehlen dieser Verordnungen auf die Anwendung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes ausgewirkt?

66. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung in den vom Deutschen Ärztetag bereits 1972 in Westerland vorgeschlagenen modernen partnerschaftlichen Strukturen für den krankenhausärztlichen Dienst einen langfristigen Beitrag zur Kostendämpfung im Krankenhauswesen, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?
67. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeiten will die Bundesregierung nutzen, um gegebenenfalls auch über das Krankenhausfinanzierungsgesetz und die Bundespflegesatzverordnung die Verwirklichung moderner innerer Krankenhausstrukturen, die dem Fortschritt der Medizin entsprechen, zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

68. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, Bahngelände an Warenhauskonzerne oder Verbauchermärkte zu verkaufen, und falls ja, um welche Flächen und Orte handelt es sich?
69. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)	Ist es zutreffend, daß die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost nicht bereit sind, ihre Regiebetriebe im Kfz-Bereich durch ein Institut für technische Betriebsführung daraufhin überprüfen zu lassen, ob die in Frage kommenden Arbeiten besser durch Bahn- oder Postregiebetriebe oder aber von Handwerksbetrieben ausgeführt werden könnten?
70. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)	Welche Gründe sind gegebenenfalls dafür maßgebend, daß die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost sich gegen Prüfungen von Möglichkeiten zur Rationalisierung in ihren Geschäftsbereichen sperren?
71. Abgeordneter **Reiser** (SPD)	Trifft es zu, daß — wie von einer Bamberger Zeitung am 31. Mai 1976 berichtet — drei Passagiere in einer dem Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. gehörenden und von einem Piloten der Bundeswehr gesteuerten Maschine mitflogen, die bei diesem Flug mehrmals das Wochenendhaus eines dieser Passagiere in niedriger Höhe umkreiste und dann fast senkrecht zu Boden stürzte, wobei alle vier Insassen verbrannten?
72. Abgeordneter **Reiser** (SPD)	Handelte es sich bei dem Flug um einen Dienstflug, und ist die Bundesregierung in der Lage, erschöpfende Auskunft über die Besitz-, Rechts- und Haftungsverhältnisse von Maschine und Verband zu geben und anzugeben, ob bei diesem Flug alle für die Bundeswehr gültigen Sicherheitsbestimmungen beachtet wurden?

73. Abgeordneter **Lemmrich** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn bei einer Baumaßnahme des Bundesstraßenbaus durch ihr Verhalten erreicht hat, wesentlich höhere Grundstückspreise zu erzielen, als sie der Bund privaten Grundstücksbesitzern für gleichartige Grundstücke zahlte, und wenn ja, hält die Bundesregierung dieses Verhalten mit einer Politik wirtschaftlicher Stabilität für vereinbar?

74. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn beim Bundesverkehrsministerium um die Genehmigung, die Fahrpreise im Personenverkehr zum 1. Juni 1976 zu erhöhen, nachgesucht hatte?

75. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Trifft es zu, daß zur Stromversorgung von Bundesbahnstrecken 110 KV Überlandleitungen auf bis zu zehn Meter hohen Fahrbahndämmen der Deutschen Bundesbahn geplant sind und daß dabei auf diesen Fahrdämmen rd. 15 Meter hohe stählerne Stromversorgungsmasten installiert werden sollen?

76. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Hält die Bundesregierung, nach dem im Bundestag verabschiedeten Gesetz für Naturschutz- und Landschaftspflege, die Errichtung solcher Leitungen in der unmittelbaren Nachbarschaft von Wohngebieten für tragbar?

77. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesverkehrsminister bisher einerseits nicht wenigstens grundsätzlich zu dem ihm bereits vor einem dreiviertel Jahr (17. Oktober 1975) unterbreiteten und bis zum 31. Juli 1976 befristeten Angebot des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie e. V., den Naßbagger-Regiebetrieb der Wasserstraßenverwaltung des Bundes im ganzen durch Privatfirmen zu übernehmen und danach die bisher in Regie durchgeführten Unterhaltungsarbeiten an den Bundeswasserstraßen um mindestens 10% billiger auszuführen, dem Verband gegenüber Stellung genommen hat, obwohl der Bundeshaushalt nach dem Angebot, für das Sicherheiten gestellt werden können, um namhafte Beträge entlastet werden kann, während andererseits Vertreter des Bundesverkehrsministers inzwischen mehrfach anderen Stellen gegenüber nachdrücklich gegen das Angebot Stellung bezogen haben, obwohl die wiederholt geforderte objektive Feststellung der Kosten des Regiebetriebs durch eine neutrale Stelle noch nicht durchgeführt ist, und wenn ja, welche Gründe hat das Verhalten des Bundesverkehrsministers?

78. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die bisher entstandenen Planungskosten und anderen Kosten für die beabsichtigte Bundesbahnneubaustrecke von Hannover nach Würzburg, und wie hoch sind die Kosten für weitere Planungsaufträge?

79. Abgeordneter **Emeis** (fraktionslos)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß von den etwa 700 qualifizierten Ausbildungsplätzen im Bereich der Oberpostdirektion Kiel z. Z. weniger als die Hälfte besetzt sind, und wenn ja, vertritt die Bundesregierung nicht auch die Auffassung, daß diese Tatsache für die ohnehin strukturschwache Westküste Schleswig-Holsteins mit ihrem Mangel an qualifizierten Ausbildungsplätzen eine unbillige Härte darstellt?

80. Abgeordneter **Emeis** (fraktionslos)

Ist die Bundesregierung bereit, die brachliegenden Ausbildungskapazitäten bei der Deutschen Bundespost voll für die Ausbildung Jugendlicher zur Verfügung zu stellen, auch wenn diese nicht wie bisher alle in den Dienst der Deutschen Bundespost übernommen werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

81. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Auf welche Weise ist angesichts der völligen oder fast völligen Identität der rechtlichen und politischen Auffassungen der UdSSR und der DDR in der Berlin-Frage gesichert, daß die effektive Einbeziehung Berlins in entsprechende oder vergleichbare Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR mit der effektiven Einbeziehung Berlins in Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR inhaltlich koordiniert wird, so daß insoweit eine einheitliche Position der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet wird?

82. Abgeordneter **Roser** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß christliche Eltern in Mitteldeutschland von seiten der SED häufig mit dem Hinweis auf die sonst gefährdeten Zukunftsaussichten ihrer Kinder unter Druck gesetzt werden mit dem Ziel, diese vom kirchlichen Unterricht abzumelden, und wie hat die Bundesregierung — bejahendenfalls — auf diese Verletzung der Vereinbarungen von Helsinki reagiert?

83. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die wiederholte widerrechtliche Zurückweisung und Schikanierung von Reisenden auf den Zugangswegen von und nach Berlin, die politische Bekenntnisse an ihrem Auto angebracht hatten, und was hat die Bundesregierung gegen diese neuerliche Verletzung des Vier-Mächte-Abkommens und seiner Durchführungsbestimmungen unternommen, insbesondere gegen die verweigerte Kontaktaufnahme mit der Vertretung in Ost-Berlin?

84. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sich bei dem in der „Welt" vom 9. Juni 1976 geschilderten Verhalten von Organen der DDR gegenüber Mitarbeitern des Axel-Springer-Verlags um schikanöse Verletzungen des Vier-Mächte-Abkommens handelt, und wenn ja, was hat die Bundesregierung dagegen unternommen, und was gedenkt sie zu unternehmen, um bei der DDR auf eine Unterlassung solcher Schikanen hinzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

85. Abgeordneter **Elchlepp** (SPD)

Sieht die Bundesregierung auf Grund des derzeitigen in- und ausländischen Forschungs- und Entwicklungsstands eine Chance darin, mittel- und langfristig die Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland von herkömmlichen Energiequellen durch die Nutzung der Sonnenenergie entscheidend zu verringern bzw. den zu erwartenden Energiemehrbedarf dadurch abzudecken, und könnte die Serienfertigung von Anlagen zur Gewinnung von Sonnenenergie für Haushaltszwecke einen nennenswerten Beitrag zur Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze darstellen, und wenn ja, welche Folgerungen wird die Bundesregierung aus diesen Erkenntnissen ziehen?

86. Abgeordneter **Elchlepp** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, den Einbau von Sonnenkollektoren und Wärmespeichern steuerlich zu begünstigen, und sind staatliche Hilfen im Rahmen der Innovationsförderung für Klein- und Mittelbetriebe auch auf dem Gebiet der Sonnenenergiegewinnung vorgesehen, und wird die Bundesregierung Anstrengungen unternehmen, die Öffentlichkeit über die Einsatzmöglichkeiten und Vorteile dieser neuen Technologie aufzuklären?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

87. Abgeordneter **Dr. Klein (Stolberg)** (CDU/CSU)

Wieso konnte sich der numerus clausus in den letzten Jahren so weit ausbreiten, wenn es mit einem Mal möglich sein soll, den numerus clausus trotz weiter wachsender Abiturientenzahl tendenziell zu beseitigen?

88. Abgeordneter **Dr. Klein (Stolberg)** (CDU/CSU)

Ist es der Bundesregierung möglich, nachdem führende Koalitionspolitiker unterschiedliche Fristen bis zur Abschaffung des numerus clausus genannt haben, eine verbindliche Aussage darüber zu machen, bis wann in welchen Fächern der numerus clausus spätestens abgebaut werden kann?

89. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung das von der Touristik Union International (TUI) entwickelte Modell einer generellen Neuordnung der Schulferienregelung, und wird sie eine entsprechende Anregung der Kultusministerkonferenz geben?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

90. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Billigt die Bundesregierung die Ausdrucksweise des Staatsministers beim Bundesminister des Auswärtigen Moersch, die Bundesländer als „Fußballmannschaft" zu bezeichnen, und ist sie der Auffassung, daß dadurch das Verständnis des Auslands für unser bundesstaatliches Regierungssystem sowie die originären und ausschließlichen Kompetenzen der Bundesländer gefördert wird?

91. Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)

Wieviel haben die Veröffentlichung der Bundesregierung zur Darstellung (Propagierung) ihrer Politik im weiteren Sinne (Zeitungs- und Zeitschriftenbeilagen — z. B. über die Schuldenwirtschaft des Bundes unter der Überschrift „Sind Schulden vernünftig?" —, Zeitungs- und Zeitschriftenanzeigen, Schallplatten, Broschüren, Faltblätter, Druckschriften und ähnliche Veröffentlichungen) insgesamt gekostet, die die Bundesregierung in der Zeit vom 1. Januar bis 18. Juni 1976 publiziert oder zur Verteilung angeboten hat (Kosten der Herstellung, des Drucks, der Verteilung usw.)?

92. Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)

Was kosten die entsprechenden Veröffentlichungen der Bundesregierung, die sie in der Zeit vom 19. Juni bis 3. Oktober 1976 nach dem derzeitigen Stand der Überlegungen noch publiziert oder zur Verteilung anbietet, insgesamt?

93. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

Welche Zeitungs- und Zeitschriftenanzeigen sowie Zeitungs- und Zeitschriftenbeilagen hat die Bundesregierung vom 1. Januar bis 18. Juni 1976 in welcher Auflagenhöhe veröffentlicht?

94. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

Was haben diese Anzeigen und Beilagen gekostet (Kosten des Bundeshaushalts für Herstellung, Veröffentlichung usw.)?

95. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Welche und wieviel Zeitungs- und Zeitschriftenanzeigen sowie Beilagen der Bundesregierung zu Zeitungen oder Zeitschriften sind für die Zeit zwischen dem 19. Juni und 3. Oktober 1976 in welcher Auflagenhöhe noch vorgesehen oder schon durchgeführt?

96. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)	Welche Kosten entstehen dem Bundeshaushalt durch die für die Zeit vom 19. Juni bis 3. Oktober 1976 noch vorgesehenen oder in Aussicht genommenen Zeitungs- oder Zeitschriftenanzeigen sowie Zeitungs- oder Zeitschriftenbeilagen der Bundesregierung?
97. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)	Welche Werbeagenturen wurden vom Bundespresseamt und den einzelnen Bundesressorts aufgefordert, Präsentationen für die Veröffentlichungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung zu machen, und welche Agenturen wurden schließlich mit welchen Objekten beauftragt?
98. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)	Welche Druckereien haben in welcher Größenordnung Aufträge zum Druck der im Jahr 1976 angebotenen Broschüren, Druckschriften, Faltblätter und ähnliche Veröffentlichungen der Bundesregierung erhalten?
99. Abgeordneter **Leicht** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Gliederungen der SPD (bis hinab in die Unterbezirke und Ortsvereine) im April einen 16-seitigen hektographierten Katalog der Veröffentlichungen des Bundespresseamts und der Bundesministerien mit der offenen oder versteckten Aufforderung erhielten, diese Veröffentlichungen im Rahmen der Parteiarbeit einzusetzen?
100. Abgeordneter **Dr. Waigel** (CDU/CSU)	Wieviel Broschüren, Druckschriften, Faltblätter und ähnliche Veröffentlichungen der Bundesregierung wurden vom 1. Januar bis 18. Juni 1976 zur Verteilung gegeben (Anzahl der zur Verteilung gegebenen Stücke)?
101. Abgeordneter **Dr. Waigel** (CDU/CSU)	Wie hoch war die Gesamtauflage (Druckauflage) einschließlich der bereits in Auftrag gegebenen Zusatzstücke für die vom 1. Januar bis 18. Juni 1976 angebotenen Broschüren, Druckschriften, Faltblätter und ähnlichen Veröffentlichungen der Bundesregierung?
102. Abgeordnete **Frau Pieser** (CDU/CSU)	Wieviel Broschüren, Faltblätter, Druckschriften und ähnliche Veröffentlichungen der Bundesregierung liegen nach dem Stand vom 19. Juni 1976 noch zur Verteilung bereit (gegebenenfalls Schätzung)?
103. Abgeordnete **Frau Pieser** (SPD)	Was kosteten die vom 1. Januar bis 18. Juni 1976 angebotenen Broschüren, Druckschriften, Faltblätter und ähnliche Veröffentlichungen der Bundesregierung (Herstellungs-, Druck- und ähnliche Kosten der Gesamtauflage einschließlich der bereits in Auftrag gegebenen Zusatzstücke zusätzlich bisheriger Verteilungskosten)?

104. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)	Wieviel Broschüren, Druckschriften, Faltbläter und ähnliche Veröffentlichungen der Bundesregierung werden aus heutiger Sicht voraussichtlich bis zum 3. Oktober 1976 noch gedruckt (Schätzung der Gesamtzahl der Einzelexemplare)?
105. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)	Welche Kosten (Verteilungskosten und zusätzliche Herstellungs-, Druck- und ähnliche Kosten) erwachsen dadurch dem Bundeshaushalt voraussichtlich?
106. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Wie war der Schlüssel für die Verteilung der in der Zeit vom 1. Januar bis 18. Juni 1976 angebotenen Broschüren, Druckschriften, Faltblätter und ähnliche Veröffentlichungen der Bundesregierung, und welcher Teil (Prozentsatz) der zur Verteilung gegebenen Veröffentlichungen ging an die Regierungsparteien, deren Untergliederungen oder deren Vereinigungen im weiteren Sinn (z. B. Jungsozialisten)?
107. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Wie hoch war — geschätzt — der anteilige Verwaltungs-, Personal- und Sachkostenaufwand für die Erarbeitung und Erstellung der Anzeigen, Broschüren, Faltblätter und sonstige Veröffentlichungen der Bundesregierung im Jahr 1976, der nicht durch die im Bundeshaushalt 1976 bereitgestellten Mittel für Öffentlichkeitsarbeit abgedeckt ist?
108. Abgeordneter **Hauser (Bonn-Bad Godesberg)** (CDU/CSU)	Wie viele Personen waren und sind in Regierung und Verwaltungsstellen des Bundes (einschließlich mittelbarer Bundesverwaltung) bei der Vorbereitung (einschließlich Materialbereitstellung) und Erarbeitung der Öffentlichkeitsmaßnahmen befaßt?
109. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Wie rechtfertigt die Bundesregierung angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, der ständig größer werdenden Finanzierungsprobleme, der Daseinvorsorge im sozialen Bereich sowie der zunehmenden Staatsverschuldung des Bundes die von der Bundesregierung begonnene Anzeigenaktion über ihre „Leistungen"?
110. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung diese Art der Verwendung von Steuergeldern bis zum Wahltag fortsetzen, und welche Kosten sind im einzelnen bisher entstanden bzw. welche Beträge müssen noch für zukünftige Anzeigenaktionen aufgewendet werden?
111. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)	Mit wieviel Anzeigen und Beilagen, in welchen Zeitungen und Zeitschriften und zu welchen Kosten will die Bundesregierung bis zum 2. Oktober 1976 die Bevölkerung in ihrem Sinn informieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

112. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 Publikationen herstellen oder verteilen lassen, in denen das rechtlich in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbestehende Deutsche Reich dargestellt wird?
113. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)	Weiß die Bundesregierung, daß das Völkerrecht mehrere Präzedenzfälle kennt, in denen die Herstellung oder bloße Verwendung von Landkarten, die der durch den jeweiligen Staat vor dem Internationalen Gerichtshof oder in Schiedsverfahren behaupteten Rechtsposition widersprechen, entscheidend zum Unterliegen dieses Staates bei Gebietsstreitigkeiten mit einem anderen beitrug, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus für eine grundgesetzmäßige kartographische Darstellung Deutschlands in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 in ihren Publikationen?
114. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)	Welches ist im einzelnen der derzeitige Sachstand in der Frage der Einbeziehung Berlins in die drei vorliegenden deutsch-sowjetischen Abkommensentwürfe über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Kultur und Rechtshilfe?
115. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)	Sind nach der Konferenz von Helsinki und im Einklang mit der Schlußakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen die materiellen Möglichkeiten für den Austausch und die Verbreitung deutscher Kulturgüter tatsächlich verbessert worden, und sind als Empfänger deutscher Büchersendungen gleichwertig auch Deutsche in den Oder-Neiße-Gebieten beteiligt worden?
116. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)	Sind Stipendien für unabhängige Wissenschaftler und Fachleute geschaffen, die als Angehörige unserer osteuropäischen Nachbarvölker ihre Studien bei verschiedenen Einrichtungen vertiefen wollen?
117. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß der rumänische KP- und Staatschef das Eintreten für die Freiheit der in Rumänien lebenden Deutschen, in den freien Teil Deutschlands überzusiedeln, als Propaganda im Interesse der Monopolkapitalisten bezeichnet hat, und wie hat die Bundesregierung — bejahendenfalls — diesen Verstoß gegen die Vereinbarungen von Helsinki zurückgewiesen?

118. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung auch in Zukunft dafür eintreten, daß jeder Deutsche, der es wünscht, die Möglichkeit zur freien Ausreise erhält, und wird die Bundesregierung der rumänischen Seite unmißverständlich klarmachen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien nur dann so bleiben können wie bisher, wenn die Ausreiseanträge und die Anträge auf Erteilung von Visen zu Besuchsreisen mindestens in dem selben Umfang wie in den Jahren 1973 und 1974 genehmigt werden?

119. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Polen sich in der Praxis hinsichtlich des Kriteriums der Volkszugehörigkeit nicht an die Ausreisevereinbarungen hält, sondern eine Einladung von Verwandten aus dem freien Teil Deutschlands verlangt und nicht einmal alle Verwandtschaftsverhältnisse als ausreichend anerkennt — wie die FAZ vom 5. Juni 1976 gemeldet hat —, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls gegenüber dem polnischen KP-Chef dieses neuerliche polnische Abweichen von getroffenen Vereinbarungen mit dem gebotenen Nachdruck zur Sprache bringen?

120. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Trifft es ferner zu, daß Ausreisewillige nach wie vor ihren Arbeitsplatz verlieren, indem die staatlichen Betriebe die Antragsteller zur Kündigung zwingen, anderenfalls ihnen der erforderliche Stempel auf dem Antrag verweigert wird, und welche weiteren Verletzungen der Ausreisevereinbarungen sind der Bundesregierung darüber hinaus bekannt?

121. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Hat der Bundeskanzler dem polnischen KP-Chef unzweideutig erklärt, daß es nicht Aufgabe des polnischen KP-Chefs ist, Erwägungen darüber anzustellen, wie viele Deutsche aus dem polnischen Herrschaftsbereich im freien Teil Deutschlands aufgenommen werden können, und welchen Anlaß hatte der polnische KP-Chef zu der Bemerkung, Polen werde niemanden zur Ausreise zwingen?

122. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregieung von der rumänischen Regierung mit allem Nachdruck — auch durch Intervention beim rumänischen Staats- und KP-Chef selbst — dafür eintreten, daß dem Ausreisebegehren aller deutschen Ehegatten und Kinder, die teilweise bereits vor Jahren die Ausreise zu ihren Ehegatten und Eltern im freien Teil Deutschlands beantragt hatten, unverzüglich stattgegeben wird, und wird die Bundesregierung die rumänische Seite ferner darauf hinweisen, daß eine fortdauernde Weigerung eine Verletzung der Vereinbarungen von Helsinki darstellt, die eine

zügige Behandlung derartiger Gesuche in positivem und humanitärem Geist unter besonderer Beachtung von Gesuchen dringenden Charakters vorsehen?

123. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)

Entspricht es den Tatsachen, daß sich die deutsche Schule in Durban, Südafrika, in so großen finanziellen Schwierigkeiten befindet, daß sich der diese Schule tragende Deutsche Schulverein Port Natal inzwischen mit verzweifelten Hilferufen an Persönlichkeiten in Deutschland wendet, und wenn ja, was hat die Bundesregierung bisher zur Beseitigung der Schwierigkeiten getan?

124. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)

Was tut die Bundesregierung, um die Existenz der deutschen Schule in Durban zu sichern?

125. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Welche Bemühungen hat die Bundesregierung unternommen, um Beiträge zu Veranstaltungen und zum Verlauf internationaler Konferenzen und Seminare unter Teilnahme von Wissenschaftlern und Forschern unserer östlichen Nachbarvölker auch aus den Reihen und unter Teilnahme von Wissenschaftlern und Forschern der heimatvertriebenen Deutschen im Sinn der Schlußakte von Helsinki zu fördern?

126. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Sind im Vollzug der Schlußakte von Helsinki in einem gemeinsamen wissenschaftlichen und kulturellen Forum die Fragen der Massenvertreibung, die Sicherung der Selbstbestimmung und des Rechts auf die Heimat und die Fragen der Volksgruppenrechte mit Vertretern unserer osteuropäischen Nachbarn erörtert worden, oder sollen diese Fragen in Zukunft auf solch einem Forum im Sinn der Schlußakte von Helsinki erörtert werden?

127. Abgeordneter **Schmidt (Wuppertal)** (CDU/CSU)

Sind auf Grund der Schlußakte von Helsinki Kontakte und die Zusammenarbeit zwischen Deutschen aus den Oder-Neiße-Gebieten und Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland, die eine kulturelle Tätigkeit ausüben, erweitert und vermehrt worden, und wird es in dieser Richtung ein „langfristiges Vorgehen" geben?

128. Abgeordneter **Schmidt (Wuppertal)** (CDU/CSU)

Inwiefern ist Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten auf Grund der Schlußakte von Helsinki der „umfassende Zugang" zu kulturellen Leistungen insbesondere auf dem Gebiet des aus der Bundesrepublik Deutschland übersandten Kulturguts erleichtert worden, und wie soll dies in Verfolgung der feierlichen Erklärung von Helsinki in Zukunft geschehen?

129. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen sind im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Auswärtigen Amts mit den im Bundeshaushaltsplan 1976 erstmals bereitgestellten Mitteln von 1,9 Millionen DM finanziert worden, bzw. welche Maßnahmen sollen damit finanziert werden?

130. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

In welcher Weise haben entsprechend der Schlußakte von Helsinki deutsche Studenten, Lehrer und Wissenschaftler in den Oder-Neiße-Gebieten einen „Zugang zu Bildungs-, kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen eines jeden anderen Teilnehmerstaats", zum Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, erhalten, oder wie wird die Bundesregierung dahin gehend wirken, daß dies geschieht?

131. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung angesichts der restriktiven Praxis der rumänischen Regierung bezüglich der Familienzusammenführung — Rückgang in den fünf Monaten 1976 gegenüber 1975 um nahezu 40% — unter Bezugnahme auf Korb III 1b der Schlußakte von Helsinki mit der rumänischen Regierung Gespräche oder Verhandlungen geführt, oder wie gedenkt die Bundesregierung als Mitunterzeichner der Schlußakte gegenüber anderen Mitunterzeichnern tätig zu werden?

132. Abgeordneter **Roser** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung erreicht, daß alle Frauen und Kinder von Deutschen in Rumänien ihre Ehegatten und Väter in dem Umfang, in dem sie dies wünschen, besuchen können, und was wird die Bundesregierung — soweit dies nicht der Fall ist — unternehmen, um Rumänien zur strikten Einhaltung und vollen Anwendung der Vereinbarungen von Helsinki zu veranlassen, die eine wohlwollende Prüfung von entsprechenden Gesuchen für eine zeitweilige oder regelmäßige Ein- und Ausreise vorsehen?

133. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung den polnischen Parteichef Edward Gierek bei seinem letzten Besuch in der Bundesrepublik Deutschland auf die drängenden humanitären Probleme der Deutschen im polnischen Machtbereich (z. B. auf Gewährung von Minderheits- und Gruppenrechten) angesprochen?

134. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß die vertriebenen Deutschen als Einzelne und als Angehörige ihrer Bevölkerungsgruppen mit einem Gesamtvermögen enteignet wurden, das nach den heute gültigen Umrechnungswerten den Betrag von 350 Milliarden DM überschreitet?

135. Abgeordneter **Schinzel** (SPD)	Trifft es zu, daß im Iran allein in diesem Jahr schon 70 Personen hingerichtet oder auf offener Straße erschossen worden sind und die elementarsten Menschenrechte mißachtet werden, wie u. a. aus neuesten Berichten der Internationalen Juristenkommission hervorgeht, und wenn ja, welchen Sinn sieht die Bundesregierung im Abschluß eines Kulturabkommens mit dem Iran?
136. Abgeordneter **Schinzel** (SPD)	Ist die Bundesregierung bereit, wie im Falle von Chile, sich für die Haftentlassung von politischen Gefangenen im Iran einzusetzen, bei der Ausreise behilflich zu sein und ihnen in der Bundesrepublik Deutschland politisches Asyl zu gewähren?
137. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)	Hat die Volksrepublik Polen auf Grund der Schlußakte von Helsinki auch Jugendlichen, die nicht in staatlichen Jugendorganisationen tätig sind, „den Austausch und die Kontakte auf kurz- oder langfristiger Grundlage in der Arbeit, in der Ausbildung oder im Studium" nach der Bundesrepublik Deutschland erleichtert, oder besteht die Absicht, ein bilaterales Abkommen mit der Volksrepublik Polen als Teilnehmerstaat der Konferenz von Helsinki dahin gehend abzuschließen, daß ohne Rücksicht auf Herkunft und Organisation Jugendlichen ein solcher Austausch ermöglicht wird?
138. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)	Sind die Meinungsverschiedenheiten wegen des Treffens des südafrikanischen Premierministers Vorster und des USA-Außenministers Kissinger dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland und dem Verhältnis zu den USA nützlich, und stellt der Ausspruch, daß sich die Staatsminister irgendwo an einem abgeschiedenen Ort treffen sollen, nicht eine Ausladung dar?
139. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)	Hat die Bundesregierung die Absicht, nunmehr die Arbeit der „Universität der Vereinten Nationen" kontinuierlich finanziell zu unterstützen?
140. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)	War es ein „technisches Versehen", daß die Bundesregierung bereits am 28. April 1976 in einer Sendung ihres Informationsfunks an die auswärtigen Vertretungen den gleichen Text hinsichtlich ihrer Einschätzung der deutschen Politik gegenüber Südafrika gesendet hat, den sie auch am 4. Mai 1976 im englischsprachigen Bulletin veröffentlicht hatte?

141. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU)

Hat das Auswärtige Amt seine Prüfung — die Staatsminister Wischnewski am 2. Juni vor dem Plenum des Deutschen Bundestages bekannt gab —, wie es zu dem „technischen Versehen" kam, daß in der englischsprachigen Ausgabe des Bulletins ein unzutreffender Bericht über eine „Mahnung" Bundesaußenministers Genscher gegenüber dem südafrikanischen Botschafter veröffentlicht wurde, abgeschlossen und mit welchem Ergebnis?

142. Abgeordneter
Dr. Köhler (Wolfsburg)
(CDU/CSU)

Haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Regierungen anderer EG-Mitgliedsländer eine in Form und Inhalt vergleichbare politische Intervention gegenüber Südafrika vorgenommen, wie dies die Bundesregierung am 28. April 1976 in ihrem Informationsfunk und am 4. Mai 1976 im englischsprachigen Bulletin tat?

143. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU)

Ist nach Auffassung der Bundesregierung die Intervention von Bundesaußenminister Genscher gegenüber dem südafrikanischen Botschafter vom 27. April 1976 in der am Tag darauffolgenden Darstellung des Informationsfunks bzw. im englischsprachigen Bulletin vom 4. Mai 1976 exakt wiedergegeben, oder gibt es zwischen diesen Veröffentlichungen und dem eigentlichen Inhalt des Gesprächs mit dem genannten Botschafter so bedeutende Unterschiede, daß Staatsminister Wischnewski am 2. Juni 1976 die Veröffentlichung im englischsprachigen Bulletin vor dem Bundestag bedauerte?

144. Abgeordneter
Wawrzik
(CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Regierung der USA über die Mitteilung der Bundesregierung, daß die geplanten Gespräche zwischen dem amerikanischen Außenminister Kissinger und dem südafrikanischen Premierminister Vorster von Hamburg in den Bayerischen Wald verlegt wurden, ihr „Erstaunen" zum Ausdruck gebracht und von „Irritationen" gesprochen hat, und welches sind die Gründe für diese Verlegung?

145. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)

Was haben die Volksrepublik Polen und die Bundesrepublik Deutschland bisher veranlaßt oder vereinbart, damit die Minderung von „Rechten und Pflichten deutscher Gesuchsteller oder ihrer Familienmitglieder" am Arbeitsplatz und im Bereich der Grundrechte nach der Antragstellung auf Ausreise, sofern eine solche Minderung früher erfolgte, beseitigt wird, und sind eingetretene mindernde „Veränderungen der Rechte" Deutscher tatsächlich im Sinne der Schlußakte von Helsinki in allen Fällen beseitigt worden?

146. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welche Schritte hat die Bundesregierung bei der Volksrepublik Polen unter Berufung auf die allgemeinen Regeln des Völkerrechts und die polnische feierliche Erklärung von Helsinki unternommen, wenn für deutsche Staatsangehörige durch gesetzes- und völkerrechtswidrige polnische Forderungen zur Bezeichnung von Geburtsorten die Erteilung von Einreisesichtvermerken und die Anerkennung von Ehefähigkeitszeugnissen bei polnischen Standesämtern und damit die Einreise zu Besuchszwecken oder die Eheschließung verhindert wird?

147. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wie ist auf Grund der Schlußakte von Helsinki der Zugang der in den Oder-Neiße-Gebieten lebenden Deutschen zu den kulturellen Leistungen aus der Bundesrepublik Deutschland gefördert und ermöglicht worden?

148. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Inwiefern hat die Bundesrepublik Deutschland auf Grund der Schlußakte von Helsinki beim Teilnehmerstaat Rumänien für die dort lebenden Deutschen „bessere Bedingungen" für die Familienzusammenführung erreicht, nachdem nach der Antwort von Staatsminister Moersch vom 19. Mai 1976 (Stenographischer Bericht Seite 17277) trotz steigender Antragsflut die Zahl der Ausreisen auf mehr als die Hälfte gesunken ist?

149. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung auf Grund der Information von 1970 und auf Grund der feierlichen politischen Erklärung der Volksrepublik Polen bei der Schlußakte von Helsinki dahin gehend in Polen interveniert, daß die 20 000 Härtefälle, wegen derer sie seit Jahren bei polnischen Behörden wegen des „dringlichen Charakters" im Sinn der Schlußakte vorstellig ist, sofort und nicht erst binnen vier Jahren ausreisen können und gegebenenfalls mit welchem Ergebnis?

150. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Hat die Volksrepublik Polen nach ihren feierlichen Erklärungen in der Schlußakte von Helsinki über die Zusammenarbeit im humanitären Bereich allen deutschen Ehefrauen, die seit Jahren die Ausreise oder den Besuch zu ihren in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ehegatten betreiben, im Sinne des Wortlauts der Schlußakte es erlaubt, als „Dringlichkeitsfälle" innerhalb vernünftiger Fristen auszureisen, oder hat sie ihnen „Begegnungen und Kontakte auf der Grundlage familiärer Bindungen" ermöglicht?

151. Abgeordneter
Dr. Götz
(CDU/CSU)

Ist zu erwarten, daß der Bundesaußenminister, der die besonders guten amtlichen und persönlichen Beziehungen zum rumänischen Außenminister nach dem letzten Besuch öffentlich betont hat, auf höchster Ebene eindringlich und unter Berufung auf die feierliche Erklärung von Helsinki bei Rumänien wegen der in Helsinki in Aussicht gestellten „dringenden" Ausreise deutscher Ehegatten und Kinder, die seit Monaten und Jahren getrennt von ihren in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Männern und Vätern zurückgehalten werden, interveniert?

152. Abgeordneter
Dr. Götz
(CDU/CSU)

Können deutsche Studenten, Lehrer und Wissenschaftler aus den Oder-Neiße-Gebieten praktisch den freien Zugang zu Bildungs-, kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland unter annehmbaren Bindungen im Sinn des Wortlauts der Schlußakte von Helsinki wahrnehmen?

153. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU)

Sind der deutschen Botschaft in Addis Abeba Einzelheiten über die vom „Observer" vom 8. Februar 1976 geschilderten Vorfälle bekannt, wonach die Angehörigen der äthiopischen Königsfamilie in einem Gefängnis unter furchtbaren Bedingungen in Haft gehalten werden, mehrere Männer der Familie bereits ermordet, Frauen, Kinder und Enkel gefoltert und in grausamer Weise gequält worden sind, und sieht sich die Bundesregierung in der Lage, gegebenenfalls Änderungen dieser Zustände zu erreichen?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wieviel Broschüren bzw. Publikationen über die Leistungen der Bundesregierung sind vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und den einzelnen Bundesministerien jeweils bisher in 1976 in welcher Auflagenhöhe herausgegeben worden, und in welcher Höhe belaufen sich die finanziellen Mittel, die hierfür zur Verfügung gestellt worden sind?

2. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Welche Druckschriften hat die Bundesregierung zu welchen Kosten vorgesehen, die zur Information der Bürger in ihrem Sinn bis zum 2. Oktober 1976 bestimmt sind, und wie werden sie verteilt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

3. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß sich die Bundesregierung bei internationalen Organisationen, wie z. B. der OAU, auf eine Nichtanerkennung der im September selbständig werdenden Republik Transkei festgelegt hat, und wenn ja, aus welchen Gründen hat sie sich so verhalten, und wie ist dies zu beurteilen im Zusammenhang mit der Anerkennung von neuen Staaten, wie z. B. Angola, durch die Bundesregierung?

4. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Trifft die Meldung der Neuen Zürcher Zeitung vom 3. Juni 1976 zu, die am 1. Juni 1976 zur Ratssitzung der Europäischen Gemeinschaft versammelten Außenminister hätten sich gefragt, warum sie eigentlich überhaupt zusammengekommen seien, da unter anderem wegen der Abwesenheit des Bundesministers des Auswärtigen, der sich seiner Parteipolitik gewidmet habe, nur Routineprobleme entschieden werden konnten, die genau so gut auf Beamtenebene hätten erledigt werden können, und kann es die Bundesregierung gegebenenfalls verantworten, das durch die Äußerungen des Bundeskanzlers ohnehin verschlechterte Verhältnis Deutschlands zu den übrigen Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft durch eine derartige Amtsführung des Bundesministers des Auswärtigen noch zusätzlich zu belasten?

5. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Wie wertet die Bundesregierung, daß Moskau und Ost-Berlin ohne Rücksicht auf die Haltung der westlichen Signatarmächte als Ausgangspunkt jeder gegenseitigen Verständigung die Akzeptierung ihrer verfälschenden und verkürzenden Interpretation des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin verlangen und gleichzeitig die Aufforderung der westlichen Signatarmächte zurückweisen, die Bestimmungen über die Vertretung des Landes Berlin durch den Bund zu beachten, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

6. Abgeordneter **Gierenstein** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung in der gleichen Weise, wie sie gegenüber Malawi nachdrücklich auf die den Beziehungen abträgliche Reaktion in der deutschen Öffentlichkeit auf die Verfolgung von Zeugen Jehovas hingewiesen hat (Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen Moersch in seiner Antwort auf Frage B 1 in Drucksache 7/5290) gegenüber der sowjetischen Regierung hinsichtlich der religiösen Verfolgungen, der Verfolgung von Bürgerrechtlern und Künstlern in der Sowjetunion vorstellig geworden, und was rechtfertigt, falls dies nicht geschehen ist, ein unterschiedliches Vorgehen?

7. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung auf die Appelle der Wolga-Deutschen bisher nicht reagiert hat, und was gedenkt sie gegebenenfalls zu unternehmen, damit das Abkommen von Helsinki auch für diese deutsche Volksgruppe wirksam wird?

8. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welchen finanziellen Umfang haben die mit Polen abgeschlossenen 14 Wirtschaftsverträge, und welchen Gesamtaufwand an DM machen diese Verträge aus öffentlichen Mitteln (Darlehen und Zinszuschüsse) notwendig?

9. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Sowjets in Belgien eine Tochtergesellschaft gegründet haben, um sich auf diese Weise mit ihren Küstenmotorschiffen unter belgischer Flagge am Frachtaufkommen in der Rheinschiffahrt zu beteiligen, und wenn ja, was unternimmt die Bundesregierung, um zu verhindern, daß die Sowjets dadurch etwaige Gegenmaßnahmen gegen ihre Dumpingpraktiken unterlaufen?

10. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Ist den deutschen Ausstellern auf sowjetischen Messen von sowjetischer Seite das Ansinnen gestellt worden, das Wort „deutsch" aus den Firmennamen zu streichen und durch die sowjetische Abkürzung für „BRD" zu ersetzen, und ist dieses Ansinnen der sowjetischen Seite in den Augen der Bundesregierung nicht rechtswidrig und schikanös?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

11. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung in der Lage, Einzelheiten über den geplanten Einsatz von Rettungshubschraubern im Raum Wolfsburg/Helmstedt mitzuteilen, und zwar unter Berücksichtigung der Fragen von Trägerschaft, Art der Alarmierung, Einsatzcharakteristik, Gesamt- und Einsatzkosten?
12. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)	Wird der Einsatz von Rettungshubschraubern auch unmittelbar an der Zonengrenze möglich sein?
13. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß das Ruderboot, dessen Insassen sieben Stunden in der „DDR" festgehalten wurden, von einem Patrouillenboot der „DDR" gegen das östliche Elbufer abgedrängt und dort zum Anlegen gezwungen worden war, und wird die Bundesregierung — etwa durch eine entsprechende Konzentration von Wachbooten — dafür sorgen, daß dem widerrechtlichen Treiben der „DDR"-Patrouillenboote auf der Elbe das Handwerk gelegt wird?
14. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit neuen Dokumentationen ihre Auffassung über die Verfassungswidrigkeit der DKP geändert, und gibt es fortgeltende Zusagen an die östliche Seite, aus der Verfassungswidrigkeit der DKP für ihre öffentliche Tätigkeit keine Konsequenzen zu ziehen?
15. Abgeordneter **Müller (Bayreuth)** (SPD)	Sieht die Bundesregierung einen erfolgversprechenden Lärmschutz gewährleistet, wenn durch Lärmschutzverordnungen zu bestimmten Tageszeiten zwar das private Rasenmähen und Teppichklopfen, nicht aber die Inbetriebnahme von Baumaschinen jeder Größenordnung durch gewerbliche Betriebe verboten werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

16. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß eine Anzahl von Personen wegen eines durch die Bundesanwaltschaft eingeleiteten und dann eingestellten Ermittlungsverfahrens gravierende private und berufliche Einbußen und Folgewirkungen zu erleiden hatten, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um diesen Personenkreis öffentlich zu rehabilitieren?

17. Abgeordneter **von Schoeler** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, in wievielen Fällen bisher von der Bundesanwaltschaft Ermittlungsverfahren wegen Verdacht eines Landesverrats oder einer Gefährdung der äußeren Sicherheit (Straftaten nach §§ 93 ff. StGB) eingeleitet wurden und wieder eingestellt werden mußten, und was gedenkt sie gegebenenfalls hiergegen zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

18. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Zollverwaltung die Arbeit nur dadurch geschafft hat, daß sie den Warenverkehr teilweise fast unkontrolliert passieren ließ, und wie will die Bundesregierung ihr Versprechen einhalten, den Rauschgiftschmuggel wirksam zu bekämpfen, wenn es zutreffen sollte, daß wegen Personalabbaus der Zoll sich in Zukunft noch stärker auf zufällige Stichproben beschränken wolle?

19. Abgeordneter **Röhlig** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, der herausragenden Rolle der Steuerfahndung bei der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität dadurch Rechnung zu tragen, daß entsprechend ausländischer zentraler Strafverfolgungsbehörden und der Arbeit des Bundeskriminalamts auch der Steuerfahndungsdienst auf Bundesebene zentral organisiert wird?

20. Abgeordneter **Röhlig** (SPD)

Wann werden die seit Juni 1973 andauernden Arbeiten der Bundesregierung zur Einrichtung einer bundeseinheitlichen Informationszentrale für den Steuerfahndungsdienst abgeschlossen sein, und soll diese Informationszentrale an das von der Zollverwaltung geplante Informationssystem beim Bundeskriminalamt angeschlossen werden?

21. Abgeordneter **Dr. Graf Lambsdorff** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, wonach es keine gesetzlichen Verpflichtungen der Deutschen Bundesbank für Interventionen am Devisenmarkt gibt — wie die Wirtschaftswoche vom 4. Juni 1976 auf Seite 109 zum Ausdruck bringt —, und wird sie im Hinblick auf die in § 12 des Bundesbankgesetzes garantierte Autonomie der Deutschen Bundesbank in ihrer Währungspolitik hieraus Konsequenzen ziehen?

22. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Welche europäischen Länder haben sich dem Eurocheque-System noch nicht angeschlossen?

23. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)	Welche Bemühungen hat die Bundesregierung in Gesprächen mit der DDR in der Zwischenzeit unternommen, um sie zu bewegen, daß auch in der DDR, insbesondere zur Erleichterung der Zahlungsweise zwischen den Mitbürgern in den beiden Teilen Deutschlands, das Euro-cheque-System eingeführt wird?
24. Abgeordneter **Dürr** (SPD)	Trifft es zu, daß Vereine und Stiftungen, die unter Berufung auf ihre „anerkannte Gemeinnützigkeit" um Spenden werben, eine Auskunfterteilung durch die zuständige Finanzverwaltung an spendenwillige Bürger über die Richtigkeit dieser Angabe wegen des Steuergeheimnisses verhindern können, und sieht die Bundesregierung gegebenenfalls eine Möglichkeit, die Interessen spendenwilliger Bürger zu schützen?
25. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)	Welche Zeitvorstellungen hat die Bundesregierung über die Beseitigung von Bunkerruinen aus dem zweiten Weltkrieg im Grenzgebiet zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, und welche Bundesmittel sollen hierfür in den Jahren 1976, 1977 und 1978 für die Beseitigung der Ruinen auf bundeseigenem Gelände und auf nicht bundeseigenem Gelände zur Verfügung gestellt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

26. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung der Küstenländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen vom 9. Juni in Kiel, große Anstrengungen zu unternehmen, für den Sektor Schiffbau und Schiffahrt im internationalen Maßstab die vorhandenen Wettbewerbsnachteile zu beseitigen, entweder die Subventionen in den anderen Ländern abzubauen oder in der Bundesrepublik Schiffbau und Schiffahrt staatlich stärker zu fördern, und welche Entscheidungen werden von Seiten der Bundesregierung angestrebt?
27. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß der Bundeskanzler — wie in Berichten des „Spiegel" und der „Welt am Sonntag" gemeldet — geäußert hat, „wirtschaftspolitisch ist die Türkei ein Saustall", und wenn ja, welche Erkenntnisse haben den Bundeskanzler zu dieser Äußerung veranlaßt?
28. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Bundesrepublik Deutschland mit einer Eigenkapitalquote der Unternehmen von etwa 23% im internationalen Vergleich das Schlußlicht bildet und daß die Entwicklung weiter rückläufig ist?

29. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)	Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zur Unterstützung des Antrags der Städte Breisach (Bundesrepublik Deutschland) und Neuf-Brisach (Frankreich) auf Anerkennung als internationaler Ausbauort, und wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen dieses Antrags?
30. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die marktstrukturellen und steuerlichen Folgen, die sich daraus ergeben, daß in der Bundesrepublik Deutschland von den Herstellern Automobile an Werksangehörige direkt verkauft werden, und welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

31. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)	Wie hoch ist der gesamte Produktionswert der deutschen Landwirtschaft pro Jahr zu veranschlagen, und von wieviel Betrieben mit wie vielen Menschen wird er erwirtschaftet?
32. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)	Wie ist das Verhältnis zwischen den Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für die deutsche und europäische Agrarpolitik, die Mehraufwendungen der Verbraucher für die Agrarmarktordnungspreise gegenüber den Weltmarktpreisen und dem Produktwert der Landwirtschaft im Jahr?
33. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung auf der Ministerratssitzung der EG am 22. Juni 1976 die sofortige Wiedereinführung der zweiten Buttersorte beantragen, um sowohl den Verbrauchern der EG preisgünstige Butter anzubieten wie auch einen neuen Butterberg rechtzeitig zu verhindern?
34. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)	Wie wirkt sich der verstärkte Fleischimport Italiens aus den Ostblockländern auf den Fleischimport aus der Bundesrepublik Deutschland aus, und kann die Bundesregierung Zahlen über diese Entwicklung im Vergleich zu 1975 nennen?
35. Abgeordneter **Geldner** (FDP)	Befindet sich die Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig in einer Phase des „Abrüstens", während die übrigen EG-Länder ihre Agrarwirtschaften mehr oder weniger aufblähen, und wenn ja, was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

36. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Welche Planungen bestehen innerhalb der Bundesregierung bezüglich des jetzt freistehenden Geländes der NATO-Raketenstellung Nordhorn-Hesepe?

37. Abgeordneter **Ziegler** (CDU/CSU)

Wievielen Anträgen auf Anerkennung als Wehrdienstverweigerer ist in den einzelnen Jahren bisher stattgegeben worden, und wie viele anerkannte Wehrdienstverweigerer haben den zivilen Ersatzdienst bzw. den Zivildienst inzwischen abgeleistet bzw. leisten ihn zur Zeit ab?

38. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Zu welchem Termin muß die Unteroffiziervereinigung der Luftwaffe Neubiberg e. V. das gegenwärtig genutzte Heim, das in dem Gebäude 78 untergebracht ist, räumen, und welches Gebäude wird der Unteroffiziervereinigung zur endgültigen Unterbringung des Unteroffizierheims zur Verfügung gestellt?

39. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Trifft es zu, daß ein Sprecher des MAD Anfang Juni gegenüber einem Bonner Pressedienst eine Darstellung gegeben hat, derzufolge fast alle Bundeswehrsoldaten eine Sicherheitsüberprüfung über sich ergehen lassen müssen, und wenn ja, wie ist dies mit der Stellungnahme der Bundesregierung zu vereinbaren, daß nur diejenigen Bundeswehrangehörigen in den Akten des MAD geführt werden, die für eine Verwendung in sicherheitsempfindlichen Bereichen vorgesehen sind?

40. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Wie groß ist der Anteil der in den Akten des MAD geführten Bundeswehrangehörigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

41. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Personenkreis der Gehörlosen sich mehr als andere Behindertengruppen darüber beklagt, im Umgang mit Behörden wegen mangelnder Verständnismöglichkeiten benachteiligt zu sein, und welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus für ihren Verantwortungsbereich ziehen?

42. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Trifft es zu, daß ein ausgesprochener Mangel an ausgebildeten Dolmetschern für Gehörlose besteht, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diesem Umstand abzuhelfen?

43. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP)

Trifft es zu, daß die bayerische Staatsregierung erwägt, im Zusammenhang mit der landesrechtlichen Regelung der Anerkennung von Beratungsstellen und beratenden Ärzten im Rahmen der verfassungmäßigen Neuregelung des § 218 StGB eine detaillierte Meldepflicht über die ratsuchenden Patienten einzuführen und die Bereitschaft zu dieser Meldepflicht zur Voraussetzung der Anerkennung als „beratender" Arzt zu machen, und wenn ja, welche Haltung nimmt die Bundesregierung — insbesondere unter dem Aspekt der Verfassungmäßigkeit und der ärztlichen Schweigepflicht — gegenüber dieser Erwägung bei ihren koordinierenden, auf eine einheitliche und rasche Länderregelung abzielenden, Bemühungen ein?

44. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß von den beiden für die vakante Stelle des Leiters des Instituts für Sozialmedizin und Epidemiologie des Bundesgesundheitsamts Benannten einer ein Duzfreund des Staatssekretärs des aufsichtsführenden Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit ist, und wer im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit hat anläßlich der Besetzung der vakanten Stelle bisher welche Schritte unternommen?

45. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Herausgabe der „Raucherdepesche", „Raucher-Revue" oder des „R 6 Raucher Report" für einen Verstoß gegen § 22 des Lebensmittelgesetzes, und wenn ja, was gedenkt sie dagegen zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

46. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)** (CDU/CSU)

Welche Gründe verzögerten bislang die Erstellung von zur Vermeidung weiterer tragischer Verkehrsunfälle dringend notwendigen Sicherungseinrichtungen am Reichentaler Bahnübergang der Strecke Rastatt-Freudenstadt (Murgtalbahn), und bis wann ist mit dem Anbringen dieser Sicherungen dort zu rechnen, nachdem die Stadt Gernsbach dies mehrfach, zuletzt unter dem 23. April 1976, nachdrücklichst von der Bundesbahndirektion Karlsruhe gefordert hat, bis dato aber nichts geschehen ist?

47. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung nach heutigem Stand ihrer Erkenntnisse an ihrem Standpunkt fest, es gäbe keine Alternative zum Bau der Rheinstaustufe Neuburgweier, oder zeichnen sich ernstzunehmende Alternativen ab?

48. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Alternativen zu dem ursprünglich geplanten Standort bei Neuburgweier, und welche Chancen räumt sie insbesondere der südlichen Variante ein?

49. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Rollstuhlbehinderte nicht mit der Deutschen Bundesbahn transportiert werden können, es sei denn im Gepäckwagen, und sieht die Bundesregierung hier in absehbarer Zeit Lösungsmöglichkeiten?

50. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Müssen Pkw-fahrende Schwerbehinderte für das Abstellen ihrer Fahrzeuge im Park- oder Halteverbot in jeder einzelnen Stadt eine Ausnahmegenehmigung der zuständigen Behörden einholen, und wenn ja, gibt es Möglichkeiten — bzw. sind diese angestrebt — hier auf Bundesebene Abhilfe zu schaffen?

51. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Welche Planungen bestehen bei der Bundesregierung bezüglich der Rationalisierung und Umrüstung beim Bahnhof Bentheim bzw. beim Bahnbetriebswerk Rheine-Hauenhorst, und wie und zu welchem Zeitpunkt wirken sich diese Planungen auf die dortigen Arbeitsplätze aus?

52. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in einem konkreten Fall ein Unternehmen die Erweiterung seines Werks und damit die Errichtung neuer Arbeitsplätze im Ammertal bei Tübingen von der Zusage abhängig gemacht hat, daß die Bundesbahnstrecke von Tübingen nach Ammerbuch nicht stillgelegt wird, und ist die Bundesregierung bereit, eine entsprechende Zusage jetzt zu geben, bzw. bis wann kann mit einer Entscheidung über eine solche Zusage gerechnet werden?

53. Abgeordneter **Müller (Bayreuth)** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um auf den Autobahnen bei Überholmanövern von Fernlastzügen mit Anhängern den gesamten Verkehrsablauf flüssig zu halten, und ist dabei an ein differenziertes Überholverbot für solche Fahrzeuge gedacht?

54. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, wonach Österreich beabsichtigt, ab 1977 für ausländische Lastkraftwagen eine Transitgebühr zu erheben, und was gedenkt die Bundesregierung gegen derartige Vorhaben von Drittländern, für die das Beispiel der Türkei bereits besteht, zu unternehmen?

55. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen werden zu welchem Zeitpunkt ergriffen, um die Bürger entlang der Bundesautobahn 52 im Bereich der Stadt Willich, insbesondere in den betroffenen Straßen Memelstraße, Knickelsdorf und Bruchstraße, vor unzumutbaren Lärmimmissionen von der Autobahn her zu schützen?

56. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wann ist mit dem Ausbau der B 83 nördlich der Stadt Rotenburg/Fulda, Kreis Hersfeld/Rotenburg bis zur Ortslage Alheim/Heinebach zu rechnen, der unbedingt im Interesse der Verkehrssicherheit und im Interesse eines reibungslosen Verkehrsablaufs bald erfolgen muß, und wie soll der eventuelle Ausbau durchgeführt werden?

57. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die französischen Stationierungsstreitkräfte zur Einhaltung der deutschen Verkehrsbestimmungen, insbesondere im Hinblick auf Sonntagsfahrverbote, Abgasentwicklung und Laufenlassen von Motoren, zu veranlassen, um zu gewährleisten, daß die Beeinträchtigung der deutschen Bevölkerung in ähnlicher Weise verringert wird, wie dies bei Fahrzeugen der Bundeswehr und bei zivilen Fahrzeugen durch einschlägige Bestimmungen sichergestellt werden konnte?

58. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Neubaugebiet B 25 Oher Weg/Holstenkamp in Glinde unverzüglich die notwendigen Fernsprechanschlüsse bereitzustellen?

59. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, diese Angelegenheit mit Vorrang zu behandeln, um die dort ansässigen Bürger nicht zusätzlich zu belasten?

60. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Rahmen der Errichtung eines Fernmeldeturms der Deutschen Bundespost in Euskirchen, In den Herrenbenden, und durch seine Verwendung im Richtfunknetz Baubeschränkungen längs der Verbindungsstrahlen entstehen und eine partielle Festlegung des Richtfunknetzes Tatsachen schafft, die später bei der dringend erforderlichen überörtlichen Festlegung zu nachteiligen Sachzwängen führen?

61. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Deutschen Bundespost auf die Anmietungsmöglichkeit von Telefonleitungen hinzuwirken, über die — entsprechend der früheren R-Gesprächsregelung — zu Lasten des Empfängers von Gesprächen telefoniert werden kann, jedoch entsprechend US-amerikanischen Praktiken Pauschalabrechnungen erfolgen?

62. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Welche technischen oder wirtschaftlichen Überlegungen stehen einem solchen „IN-WATS-System" (Incoming Wide Area Telephone Service) entgegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

63. Abgeordneter **Freiherr Ostman von der Leye** (SPD)

Wird die Bundesregierung die Fassade des neuen Bundeskanzleramts, die heute durch ihre düstere Farbgestaltung und die sowieso nicht mehr änderbare falsche Ausrichtung des Baukörpers, die an sich gelungene bauliche Gestaltung nicht zur Geltung kommen läßt, aufhellen lassen und dadurch wenigstens einen Beitrag zur besseren städtebaulichen Situation am Bundeskanzlerplatz leisten?

64. Abgeordneter **Dr. Graß** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bewußt, daß es für die Städte und Gemeinden mit Sanierungs- und Entwicklungsgebieten zunehmend dringlicher wird, Gewißheit darüber zu erhalten, ob die nach dem Städtebauförderungsgesetz zur Verfügung gestellten Bundes- und Landesmittel endgültig als Zuschüsse anzusehen sind oder später in Darlehen umgewandelt werden können, und ist die Bundesregierung bereit, schnellstens Klarheit in dieser zentralen Frage zu schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

65. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, noch in dieser Legislaturperiode eine Entscheidung zu Gunsten einer Gebührenerhöhung für Straßenbenutzung von Schwerlastwagen der DDR herbeizuführen, und wenn nicht, welches sind die Gründe für das Hinausschieben einer solchen Entscheidung?

66. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Macht sich die Bundesregierung die Äußerung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen zu eigen, Zuchthäuser seien immer unmenschlich, und wie begründet sie diese Beurteilung für die im Geltungsbereich des Grundgesetzes auf rechtsstaatliche Weise verhängten und vollzogenen Strafen?

67. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Bevölkerung darauf hingewiesen, daß derjenige, der mit den Strafverfolgungsbehörden Ost-Berlins auf Grund der von dort jüngst ausgesetzten hohen Belohnung zusammen arbeitet und diesen bei der Ergreifung eines Flüchtlings aus der „DDR" hilft, unter Umständen nach § 234 a des Strafgesetzbuches wegen eines Verbrechens mit Freiheitsentzug bis zu 15 Jahren bestraft werden kann?

68. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Nachdem die Bundesregierung mir am 21. Februar 1975 in Beantwortung einer mündlichen Frage (Drucksache 7/3227 B 93) bezüglich einer möglichen Wiedereröffnung der früheren Eisenbahnhauptstrecke Kassel—Eichenberg—Leinefelde—Halle/Saale mitteilte, sie wolle in dieser Angelegenheit ihre Verhandlungskonzeption nicht erläutern, weil das in einer Phase der Verhandlungsvorbereitungen ausgeschlossen sei, frage ich jetzt die Bundesregierung, welches Ergebnis ihre Verhandlungen in dieser Angelegenheit hatte, und ob mit einer Wiedereröffnung dieser Eisenbahnstrecke zu rechnen ist?

69. Abgeordneter **Dr. Wittmann München)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung den vom Generalstaatsanwalt der „DDR" erlassenen „Steckbrief" gegen den Flüchtling Weinhold für vereinbar mit dem Grundvertrag und anderen zwischenstaatlichen Grundsätzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

70. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

In welchem Umfang standen in den letzen Jahren Mittel zur Erforschung der Sonnenenergie zur Verfügung, und welche Haushaltsmittel sind für das Jahr 1977 für diesen Bereich vorgesehen?

71. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Welche Chancen hat der wirtschaftliche Einsatz von Sonnenenergie in der nahen Zukunft?

72. Abgeordneter **Leicht** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge zur Nutzung der geothermischen Energie in der Bundesrepublik Deutschland in der vom Bundesforschungsministerium selbst herausgegebenen Broschüre „Energiequellen für morgen?" und insbesondere hier den Vorschlag zum Bau einer Modellanlage zur Erzeugung von Elektrizität in Landau in der Pfalz, weil dort auch die relativ größten Temperaturen in der Tiefe vorhanden sind?

73. Abgeordneter **Leicht** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Versuchsbohrungen zur Nutzung der geothermischen Energie entgegen fachlichen Stellungnahmen nicht in Landau sondern in Urach durchgeführt werden, und welches sind im einzelnen die Gründe für diese Entscheidung entgegen sachlichen Erkenntnissen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

74. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, der Stundung von Darlehen aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetz auf Antrag zuzustimmen, soweit es sich um Studenten mit abgeschlossenem Studium handelt, die jedoch arbeitslos bzw. unverschuldet ohne Einkommen sind?

75. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, mir bis zum 1. August 1976 mitzuteilen, welche Lösung sie im Interesse der betroffenen Studenten gefunden hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

76. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

In welcher Höhe und in welcher Weise würde sich die Forderung der Entwicklungsländer auf der Unctad-Konferenz von Nairobi auf Annulierung ihrer Auslandsschulden für die Bundesrepublik Deutschland auswirken?

77. Abgeordneter **Gierenstein** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß in einem Gutachten des Bundesrechnungshofs erhebliche Mängel in der Verwaltung der deutschen Entwicklungshilfe festgestellt werden, und wenn ja, wie kann die Bundesregierung dann in einer als Zwischenbilanz ihrer bisherigen Tätigkeit bezeichneten Anzeige behaupten, die Mittel für die Entwicklungshilfe seien gut angelegt und sorgfältig kontrolliert worden?

Bonn, den 18. Juni 1976